

# Empfehlungen zu den Menschenrechten intergeschlechtlicher Personen für Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen

Ernesto Zelayandía González

Escuela Andaluza de Salud Pública – Universidad de Granada

Dieser eBrief ist Teil des Projekts INIA: *Intersex - New Interdisciplinary Approaches* und insbesondere Teil des Forschungsprojekts "Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Autonomie und Selbstbestimmung: Forderungen und Strategien internationaler und regionaler Netzwerke intergeschlechtlicher Aktivist\_innen und Menschenrechtsinstitutionen". Er basiert auf den Ergebnissen einer Literatur- und Rechtsrecherche, der Feldarbeit des Projekts, die aus halbstrukturierten Interviews mit intergeschlechtlichen Aktivist\_innen aus verschiedenen Regionen der Welt bestand, und einer früheren Veröffentlichung<sup>1</sup> (für weitere Informationen: <https://www.intersexnew.co.uk/>).

## Grundlegende Fakten

### Was bedeutet intergeschlechtlich?

‘Intergeschlechtlich’ ist ein Sammelbegriff, um eine Reihe von körperlichen Variationen der Geschlechtsmerkmale (VGM) (*‘variations of sex characteristics’; VSCs*) zu beschreiben. Intergeschlechtliche Personen werden mit Geschlechtsmerkmalen geboren, die nicht den typischen sozialen und medizinischen Definitionen weiblicher oder männlicher Körper entsprechen, einschließlich der sexuellen Anatomie, der Fortpflanzungsorgane, sowie der hormonellen und/oder chromosomalen Muster.

Sprache ist in diesem Bereich sehr umstritten. In medizinischen Kreisen haben VGM viele Diagnoseetiketten, sind jedoch allgemein unter dem Begriff ‘Störungen der Geschlechtsentwicklung’ (*‘Disorders of Sex Development, DSD’*) oder ‘Unterschiede der Geschlechtsentwicklung’ (*‘differences of sex development, dsd’*) bekannt. In diesem eBrief werden die Begriffe ‘intergeschlechtlich’ oder VGM bevorzugt, um alle Perspektiven einzuschließen.

## Gibt es ein Problem?

In ganz Europa und in aller Welt sind intergeschlechtliche Personen aufgrund der Vielfalt ihrer Geschlechtsmerkmale mit einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen konfrontiert, und werden häufig Stigmatisierung, Fehleinschätzung, Pathologisierung, Gewalt (einschließlich medizinischer Gewalt), sowie erniedrigenden, entwürdigenden und unmenschlichen Behandlungen unterzogen.

Ebenso sind intergeschlechtliche Personen verschiedenen Formen der Diskriminierung ausgesetzt, die sie im Laufe ihres Lebens erfahren, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- oder Arbeitsbereich, unter anderen.

Eine der Hauptsorgen intergeschlechtlicher Aktivist\_innen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind weiterhin die chirurgischen Eingriffe, die während der Kindheit (auch bei Neugeborenen) mit dem Ziel durchgeführt werden, intergeschlechtliche Körper zu ‘normalisieren’, um sozial und medizinisch akzeptierten männlichen / weiblichen Binaritäten zu entsprechen. Diese Operationen werden von intergeschlechtlichen Aktivist\_innen oft als Form medizinischer Gewalt, schädlicher Behandlungen, Folter oder ‘intergeschlechtlicher Genitalverstümmelung’ (*intersex genital mutilation*) bezeichnet.

<sup>1</sup> Zelayandía-González E. [The Growing Visibility of Intersex Demands at the United Nations: A Review of the Treaty Bodies’ Concluding Observations](#). Social Sciences. 2023;12(2):73.

## Sind alle intergeschlechtlichen 'normalisierenden' Operationen schädlich?

Intergeschlechtliche Genitaloperationen sind die Hauptsorge von Menschenrechtsaktivist\_innen und werden als eine Praxis angesehen, die vielen geltenden Menschenrechtsstandards widerspricht.

Internationale Gremien zur Überwachung der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen haben einige Aspekte hervorgehoben, die internationalen Menschenrechtsnormen widersprechen, zum Beispiel, dass diese Operationen und Behandlungen:

- (a) medizinisch nicht notwendig sind.
- (b) nicht dringend sind.
- (c) zu früh oder meistens an Kindern durchgeführt werden.
- (d) das Ziel haben, das Geschlecht zu entscheiden oder zuzuweisen.
- (e) irreversibel sind oder lang anhaltende Folgen haben.
- (f) mit Schmerz oder Leiden verbunden sind.
- (g) ohne die informierte Einwilligung der Person durchgeführt werden.

## Sind schädliche Operationen oder Behandlungen in Europa erlaubt?

Nicht eingewilligte medizinische Behandlungen, die oft schädlich sind, einschließlich Operationen, werden überall auf der Welt an intergeschlechtlichen Personen durchgeführt. In der europäischen Region werden laut der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA)<sup>2</sup> Operationen zur 'Normalisierung' an intergeschlechtlichen Kindern in mindestens 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) durchgeführt. Innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU und des Europarats verfügen bis Oktober 2023 nur sechs Länder (Malta, Portugal, Island, Deutschland, Griechenland und Spanien) über eine Gesetzgebung, die irgendeine Form des Schutzes vor dieser Arten von Eingriffen in der frühen Kindheit bieten.

## Empfehlungen für Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen

### Was können Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen tun?

**Intergeschlechtlichen Personen zuhören.** Die Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass intergeschlechtliche Personen und Gruppen der Zivilgesellschaft es schwer haben, ihren Sorgen Gehör zu verschaffen, wenn sie mit lokalen Politiker\_innen, Gesetzgeber\_innen und politischen Entscheidungsträger\_innen in Kontakt treten.

**Sich mit intergeschlechtlichen Personen treffen.** Intergeschlechtliche Fragestellungen können ein kompliziert zu verstehendes Thema sein, daher wird empfohlen, dass Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen intergeschlechtliche Personen direkt treffen und ihnen zuhören, um ihre Bedürfnisse und Forderungen zu verstehen. Bedenken Sie auch, dass verschiedene Kontexte unterschiedliche Situationen mit sich bringen können, die vor Ort angegangen werden müssen.

**Intergeschlechtlichen Menschen Glauben schenken.** Selbst wenn intergeschlechtliche Personen Zugang zu Gesetzgeber\_innen und politischen Entscheidungsträger\_innen gewinnen, werden ihre Forderungen oft als unwichtig abgetan, oder es wird mehr Wert auf medizinische Ansichten gelegt, die oft pathologisierend sind und in Konflikt zu den Anliegen intergeschlechtlicher Personen stehen.

Erwägen Sie bei der Arbeit an Gesetzen oder politischen Maßnahmen, getrennte Treffen für Gesundheitsfachkräfte und intergeschlechtliche Aktivist\_innen zu halten. Wenn die Treffen gemeinsam stattfinden, warnen Sie intergeschlechtliche Personen über die Anwesenheit von Ärzt\_innen, da einige diese als traumatisierend empfinden können (und sich möglicherweise entscheiden, nicht teilzunehmen).

**Sich der Pathologisierung intergeschlechtlicher Körper bewusst sein.** Eine große Anzahl medizinischer Fachkräfte und medizinischer Literatur hat noch immer pathologisierende Ansichten über intergeschlechtliche Körper. Die ICD-11 beispielsweise klassifiziert die meisten intergeschlechtlichen körperlichen Variationen als 'Störungen der Geschlechtsentwicklung' (*'Disorders of Sex*

<sup>2</sup> EU Agency for Fundamental Rights (FRA). [The Fundamental Rights Situation of Intersex People](#). Vienna: FRA, 2015.

*Development (DSD)*). Voreingenommenes medizinisches Wissen, das auf der Idee beruht, Körper zu 'fixieren' oder zu 'normalisieren', neigt dazu, intergeschlechtliche Variationen als ein Problem zu betrachten, doch die meisten dieser körperlichen Variationen sind nicht schädlich oder lebensbedrohlich, nur in wenigen Fällen sind Eingriffe bei Minderjährigen zu lebensrettenden Zwecken erforderlich.

Viele intergeschlechtliche Personen sind der Ansicht, dass die Wahrnehmung ihrer Körper als 'gestört' zu der Idee beiträgt, dass sie eine 'Fixierung' brauchen, was zu schädlichen und invasiven medizinischen Behandlungen führt, einschließlich umfangreicher Hormonbehandlung und/oder Genitaloperationen.

**Handeln. Politiken und Gesetze konzipieren und umsetzen, um die Menschenrechte intergeschlechtlicher Personen zu gewährleisten.** Intergeschlechtliche Personen haben die gleichen Rechte wie alle andere, z.B. das Recht auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit, etc. Schädliche Praktiken an intergeschlechtlichen Körpern wurden jedoch normalisiert, sozial und medizinisch akzeptiert und in systemische und institutionalisierte Formen von Rechtsverletzungen umgewandelt. Spezifische Gesetze und politische Maßnahmen mögen notwendig sein, um dieser Situation entgegenzuwirken.

**Zugang zu Information über Intergeschlechtlichkeit und den Erfahrungen und Menschenrechten intergeschlechtlicher Personen unterstützen.** Die Unsichtbarkeit der Probleme und Realitäten intergeschlechtlicher Personen fördert ein Klima der Geheimhaltung, Stigmatisierung und/oder Ignoranz. Das schadet nur den Lebenserfahrungen intergeschlechtlicher Personen, da sie oft ihre Realitäten rechtfertigen und sich gegenüber verschiedenen Personen 'outen' müssen, wenn sie Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen benötigen, z.B. an der Schule, beim Zugang zur Gesundheitsversorgung oder am Arbeitsplatz. Die Förderung einer Kultur grundlegender Information und Aufklärung über körperliche Variationen und diverse Geschlechtsmerkmale ist ein erster Schritt zur Schaffung einer inklusiveren und akzeptierenderen Gesellschaft, und kann es intergeschlechtlichen Personen erleichtern, über ihre Erfahrungen zu sprechen, wenn sie dies möchten.

**Schädliche medizinische Praktiken an intergeschlechtlichen Personen beenden.** Die Regierungen tragen Verantwortung, wenn es erlaubt wird, schädliche medizinische Praktiken flächendeckend und ohne Regulierung oder Schutzmechanismen durchzuführen. Dies gilt für intergeschlechtlicher Personen wie für alle anderen. Behandlungen und Operationen, die invasiv und nicht dringend sind, langfristige Folgen haben und möglicherweise Schmerz oder anhaltende medizinische Interventionen verursachen, sollten nur mit der vollständigen,

persönlichen, vorherigen und informierten Einwilligung des oder der Patient\_in durchgeführt werden.

Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen sollten Maßnahmen ergreifen, um schädliche medizinische Praktiken (z.B. Operationen, neovaginale Erweiterungen oder Hormonbehandlungen), die ohne die Zustimmung der intervenierten Person durchgeführt werden, zu beenden und zu verbieten, wenn diese zu jung ist, um sie zu verstehen, und die Eingriffe nicht dringend oder medizinisch notwendig sind, um das Leben der Person zu retten.

In Fällen, in denen Zweifel über die Notwendigkeit der Behandlungen bestehen (z.B. zur Verbesserung der Gesundheit oder Körperfunktionen), sollten die Regierungen geeignete und transparente Gesundheitsprotokolle entwickeln, um diese Notwendigkeit festzustellen und sicherzustellen, dass diese Behandlungen im Einklang mit nicht-pathologisierenden ethischen Prinzipien und Menschenrechtsstandards stehen (insbesondere Autonomie, körperliche Unversehrtheit und Kinderrechte).

Die Regierungen müssen sicherstellen, dass diese Entscheidungen von unabhängigen, ausgewogenen und multidisziplinären Gremien überprüft werden, die die Menschenrechte der intervenierten Person beachten und einen fairen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit des Eingriffs und den damit verbundenen Risiken und möglichen Folgen herstellen.

**Maßnahmen ergreifen, um den Zugang intergeschlechtlicher Personen zu Gesundheitsdiensten zu gewährleisten.** Intergeschlechtliche Personen haben Bedarf an Gesundheitsversorgung wie alle anderen auch. Gesetzgeber\_innen und politischen Entscheidungsträger\_innen sollten Maßnahmen ergreifen, um das Recht intergeschlechtlicher Personen auf Zugang zur Gesundheitsversorgung unter Bedingungen sicherzustellen, die ihre Menschenrechte respektieren, insbesondere das Recht zu informierter Einwilligung im Verlauf des Lebens.

Ebenso sollten die Regierungen Dienstleistungen einer hochqualifizierten, spezialisierten und individualisierten Gesundheitsversorgung für alle intergeschlechtlichen Personen sicherstellen. Die Regierungen sollten in die Aus- und Weiterbildung für Fachkräfte im Gesundheitswesen investieren, einschließlich Wissens über körperliche und geschlechtliche Vielfalt (*bodily, sex and gender diversities*).

**Das Recht auf medizinische Information soll gewährleistet sein.** Das beinhaltet das Recht von Eltern und/oder Erziehungsberechtigten auf vollständige und verständliche Information über Behandlungen, die an ihrem Kind durchgeführt werden oder durchgeführt

wurden, Pläne für zukünftige Behandlungen, Risiken, Notwendigkeit und Alternativen, einschließlich der Möglichkeit, die Behandlung bis zu einem höheren Alter aufzuschieben, in dem die Person zustimmen kann.

**Das Recht der Personen auf Zugang zu ihren medizinischen Unterlagen sollte gewährleistet sein.** Bei intergeschlechtlicher Personen wird empfohlen, die medizinischen Unterlagen so detailliert wie möglich zu gestalten und so lang wie möglich aufzubewahren, um der Person die Möglichkeit zu geben, diese Information im Jugend- oder Erwachsenenalter anzufordern.

**Die Vergütung des aktiven Engagement von Akteuren der Zivilgesellschaft unterstützen.** Manchmal bieten intergeschlechtliche Personen mit gelebter Erfahrung Dienstleistungen wie Beratung und Betreuung für intergeschlechtliche Personen und ihre Familien. Sie können auch bei der Gestaltung oder Entwicklung von Gesetzen und öffentlichen Richtlinien zu Rate gezogen werden. Die Unterstützung ihrer Arbeit trägt dazu bei, dass diese Dienste langfristig verfügbar bleiben.

**Die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den entstandenen Schaden zu beheben.** Neue Bestimmungen, Richtlinien und Gesetze können intergeschlechtlichen Personen ab dem Zeitpunkt ihrer Umsetzung zu Gunste kommen. Viele haben jedoch bereits in der Vergangenheit durchgeführte Operationen und medizinische Behandlungen erlitten. Die Regierungen sollten Maßnahmen ergreifen, um Wiedergutmachung und Entschädigung für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die bereit unter diesen schädlichen medizinischen Praktiken gelitten haben.

## Über das INIA Projekt:

Das *INIA Innovative Training Network* wird durch eine Finanzierung von dem Marie Skłodowska-Curie Aktionsprogramm der Europäischen Kommission unterstützt, Projektnr. 859869.

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte: <https://www.intersexnew.co.uk/>

\* Wir erkennen an, dass es Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des INIA Konsortiums und allgemein unter intergeschlechtlichen Menschen mit VGM gibt.

\*Dieser *eBrief* gibt nur die Ansichten des Autors wieder und die Agentur übernimmt keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.

## Um diesen *eBrief* zu zitieren:

Zelayandía González, E. (2023). *eBrief "Empfehlungen zu den Menschenrechten intergeschlechtlicher Personen für Gesetzgeber\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen"*. INIA: *Intersex – New Interdisciplinary Approaches*. Granada: Escuela Andaluza de Salud Pública.